

**Inhaltsverzeichnis**

**Vorwort** ..... VII

**Abbildungsverzeichnis**..... XXIII

**Tabellenverzeichnis** ..... XXV

**Abkürzungsverzeichnis** ..... XXVII

**Kapitel 1**  
**Einführung**

**A. Einleitung** ..... 1

**B. Problemstellung** ..... 6

**C. Gegenstand und Schwerpunkt der Untersuchung** ..... 7

**Kapitel 2**  
**Interne Untersuchungen de lege lata**

**A. Hintergrundinformationen zu internen Untersuchungen** ..... 9

    I.    Interne Untersuchungen als Bestandteil von Compliance. .... 9

    II.   Begriffsbestimmungen ..... 12

        1. Der Begriff einer internen Untersuchung in der Literatur .. 13

        2. Der Begriff einer internen Untersuchung in der Recht-  
            sprechung ..... 15

        3. Der Begriff einer internen Untersuchung in Gesetzen und  
            Gesetzesentwürfen ..... 16

        4. Der Begriff einer internen Untersuchung sowie weitere  
            Begrifflichkeiten in dieser Arbeit ..... 17

        5. ‚Fraud‘ – Begrifflichkeit und Hintergründe ..... 18

            a) Der Begriff ‚Fraud‘ ..... 19

            b) Hauptkategorien von Fraud nach dem ACFE ..... 20

            c) Warnzeichen von Fraud ..... 21

            d) ‚Fraud against the Company‘ und ‚Corporate Miscon-  
                duct‘ ..... 22

            e) Stellungnahme zu ‚Fraud against the Company‘ und  
                ‚Corporate Misconduct‘ ..... 25

            f) Zwischenergebnis ..... 25

    III. Herkunft von Internal Investigations und aktuelle Entwick-  
        lungen ..... 26

    IV. Anwendungsgebiete von internen Untersuchungen ..... 30

    V.   Auslöser interner Untersuchungen ..... 31

        1. Auslöser interner Untersuchungen nach der Studie des  
            DICO e. V..... 32

## Inhaltsverzeichnis

2. Hinweisgeber als Auslöser von internen Untersuchungen . .	33
VI. Entscheidung für oder gegen eine interne Untersuchung . . . . .	35
VII. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	39
VIII. Verpflichtung zur Durchführung interner Untersuchungen. . .	39
1. Pflicht nach §§ 130, 30 OWiG . . . . .	40
2. Pflicht nach §§ 76 Abs. 1, 93 Abs. 1 S. 1 AktG . . . . .	42
3. Pflicht nach § 111 Abs. 1 und 2 AktG . . . . .	45
4. Pflicht nach § 43 Abs. 1 GmbHG . . . . .	50
5. Zwischenergebnis . . . . .	54
IX. Vorprüfung der (rechtlichen) Rahmenbedingungen . . . . .	54
1. Rechte des Betriebsrats bei internen Untersuchungen . . . . .	55
a) Informationsrecht nach § 80 Abs. 2 BetrVG . . . . .	56
b) Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG . . .	57
c) Rechte des Betriebsrats bei einzelnen Untersuchungs- handlungen. . . . .	59
aa) Rechte des Betriebsrats bei der Auswertung von Dokumenten . . . . .	59
bb) Rechte des Betriebsrats bei E-Mail-Reviews . . . . .	60
cc) Rechte des Betriebsrats bei Mitarbeiterbefragungen	62
(1) Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG . . . . .	62
(2) Zustimmungsrecht nach § 94 Abs. 1 S. 1 BetrVG . . . . .	63
d) Rechtsfolgen bei Missachtung der Beteiligungsrechte . .	65
e) Zwischenergebnis . . . . .	66
2. Amnestieprogramm. . . . .	66
a) Kronzeugenregelung nach § 46 StGB, § 31 BtMG . . . . .	67
b) Inhaltliche und zeitliche Einschränkungen . . . . .	70
c) Pflichten eines Arbeitnehmers . . . . .	72
d) Etwaiger Ausschluss von Personen bei einem Amnes- tieprogramm. . . . .	73
e) Vorteile einer Amnestie im Rahmen interner Untersu- chungen . . . . .	74
f) Nachteile einer Amnestie im Rahmen interner Unter- suchungen . . . . .	74
g) Amnestieregelung zur Übernahme von Zahlungsver- pflichtungen . . . . .	75
h) Grenzen einer Amnestie im Rahmen interner Untersu- chungen . . . . .	76
i) Stellungnahme . . . . .	77
3. Exkurs: Mitarbeiterbefragung in Verbindung mit einer Verdachtskündigung . . . . .	78

X.	Zusammensetzung des Ermittlerteams . . . . .	80
1.	Zusammensetzung des Ermittlerteams auf Organisations- ebene . . . . .	80
2.	Zusammensetzung des Ermittlerteams auf personeller Ebene. . . . .	83
XI.	Zwischenergebnis . . . . .	85
<b>B.</b>	<b>Einzelne Untersuchungshandlungen . . . . .</b>	<b>86</b>
I.	Datenerhebung und -auswertung. . . . .	88
II.	Forensische Datenanalyse . . . . .	90
1.	Zulässigkeit des Zugriffs auf dienstliche E-Mail-Accounts	92
a)	Rechtmäßigkeit der Verarbeitung nach § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG. . . . .	92
b)	Entscheidung zum Umgang mit Beschäftigungsdaten des EuGH. . . . .	96
c)	Einwilligung des Arbeitnehmers . . . . .	98
d)	Regelungen zur Nutzung des dienstlichen E-Mail-Ac- counts in Unternehmen . . . . .	100
aa)	Verbot der privaten Nutzung des dienstlichen E-Mail-Accounts. . . . .	101
bb)	Gestattung der privaten Nutzung des dienstlichen E-Mail-Accounts. . . . .	102
(1)	Anwendung des Telekommunikation-Digita- le-Dienste-Datenschutz-Gesetzes. . . . .	103
(2)	Verdacht auf erhebliche Straftaten . . . . .	106
(3)	Zugriff auf ‚ruhende E-Mails‘ . . . . .	106
(4)	Berücksichtigung der Privatnutzung bei inter- nen Untersuchungen. . . . .	108
(5)	Zwischenergebnis zur Gestattung der privaten Nutzung des dienstlichen E-Mail-Accounts. . . . .	110
cc)	Kontrollen zum Ausschluss einer Duldung. . . . .	111
e)	Informationspflicht gemäß Art. 13 Abs. 1 DSGVO . . . . .	111
f)	Zwischenergebnis . . . . .	113
2.	Vorgehensweise bei einer eDiscovery aus der Praxissicht . .	114
a)	Electronic Discovery Reference Model. . . . .	114
b)	Vorbereitung einer eDiscovery . . . . .	116
c)	Durchführung einer eDiscovery. . . . .	118
d)	Abschluss einer eDiscovery. . . . .	121
3.	Vorgehensweise bei anderen dienstlich genutzten Kom- munikationsmitteln . . . . .	122
4.	Zwischenergebnis . . . . .	123
III.	Mitarbeiterbefragungen. . . . .	123
1.	Einführung . . . . .	123

2. Vorgehensweisen bei Mitarbeiterbefragungen .....	125
a) Auswahl der Interviewpartner .....	125
b) Vorbereitung der Mitarbeiterbefragung .....	127
aa) Einführung .....	127
bb) Befragungsteam .....	129
(1) Grundlagen .....	129
(2) Rollen des Befragungsteams .....	130
cc) Ort der Befragung und Sitzordnung .....	131
(1) Bei einem verdächtigten Arbeitnehmer .....	131
(2) Bei einem Arbeitnehmer als Zeugen .....	133
dd) Form und Inhalt der Einladung zur Befragung .....	134
(1) Bei einem verdächtigten Arbeitnehmer .....	134
(2) Bei einem Arbeitnehmer als Zeugen .....	139
ee) Zur Notwendigkeit einer Erklärung zum Ge- sprächsinhalt und zu den Verdachtsmomenten .....	139
(1) Bei einem verdächtigten Arbeitnehmer .....	140
(2) Bei einem Arbeitnehmer als Zeugen .....	141
ff) Recht des Arbeitnehmers auf einen Beistand .....	141
(1) Recht des verdächtigten Arbeitnehmers zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts .....	142
(2) Recht des Arbeitnehmers als Zeuge zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts .....	143
(3) Recht des Arbeitnehmers zur Hinzuziehung des Betriebsrats .....	144
(4) Stellungnahme .....	147
gg) Belehrungspflichten des Arbeitgebers .....	148
(1) Thesen des Strafausschusses der Bundes- rechtsanwaltskammer zur Belehrungspflicht ...	149
(2) Bestandteile einer Belehrung .....	151
(3) Belehrung von verdächtigten Arbeitnehmern ...	152
(4) Belehrung von Arbeitnehmern als Zeugen .....	152
(5) Stellungnahme .....	153
hh) Grenzen bei Mitarbeiterbefragungen .....	153
ii) Urteil des Schweizer Bundesgerichts vom 19.01.2024 .....	154
c) Ablauf einer Mitarbeiterbefragung und Fragetechniken	156
aa) Bei einem verdächtigten Arbeitnehmer .....	156
(1) Einleitung der Mitarbeiterbefragung .....	157
(2) Mitarbeiterbefragung und Fragetechniken .....	159
(3) Abschluss der Mitarbeiterbefragung .....	164
bb) Bei einem Arbeitnehmer als Zeugen .....	164
d) Protokollierung und Nachbereitung des Interviews .....	166

3. Teilnahmepflicht von (verdächtigten) Arbeitnehmern . . . . .	168
a) Teilnahmepflicht nach § 106 GewO. . . . .	169
b) Teilnahmepflicht gegenüber externen Ermittlern . . . . .	170
c) Einschränkung der Teilnahmepflicht . . . . .	170
d) Zwischenergebnis . . . . .	171
4. Auskunftspflichten des Arbeitnehmers . . . . .	171
a) Ausgangssituation und Auskunftsdilemma . . . . .	171
b) Auskunftspflicht des Arbeitnehmers . . . . .	172
aa) Auskunftspflicht eines verdächtigten Arbeitnehmers	173
(1) Auskunftspflicht im unmittelbaren Zusammen-	
hang mit dem Arbeitsbereich. . . . .	173
(2) Auskunftspflicht im mittelbaren Zusammen-	
hang mit dem Arbeitsbereich . . . . .	175
(3) Auskunftspflicht nach Beendigung des	
Arbeitsverhältnisses . . . . .	179
(4) Auskunfts- und Anzeigepflicht aus der Scha-	
densabwendungspflicht . . . . .	181
(5) Zwischenergebnis . . . . .	182
bb) Auskunftspflicht des Arbeitnehmers als Zeuge. . . . .	183
(1) Auskunftspflicht im (un)mittelbaren Zusammen-	
hang mit dem Arbeitsbereich. . . . .	183
(2) Auskunftspflicht nach Beendigung des	
Arbeitsverhältnisses . . . . .	184
(3) Auskunfts- und Anzeigepflicht aus der Scha-	
densabwendungspflicht . . . . .	185
(4) Anzeige- und Auskunftspflicht über Fehl-	
verhalten anderer Arbeitnehmer . . . . .	185
(5) Zwischenergebnis . . . . .	186
cc) Wahrheitspflicht der Arbeitnehmer . . . . .	187
dd) Empfänger der Aussagen der Arbeitnehmer . . . . .	188
ee) Zwischenergebnis . . . . .	189
5. Selbstbelastungsfreiheit oder -pflicht des Arbeitnehmers. . .	190
a) Inhalt und Ursprung des Nemo-tenetur-Grundsatzes . . .	190
b) Rechtliche Grundlage des Nemo-tenetur-Grundsatzes . .	192
aa) Nemo-tenetur-Grundsatz im Völkerrecht . . . . .	192
(1) Unschuldsvermutung nach Art. 6 Abs. 2 EMRK	193
(2) Fair-Trial-Grundsatz nach Art. 6 Abs. 1 EMRK	194
(3) Art. 14 Abs. 3 lit. g IPbpR . . . . .	197
(4) Stellungnahme . . . . .	199
bb) Nemo-tenetur-Grundsatz in der Europäischen	
Grundrechtecharta . . . . .	199
cc) Nemo-tenetur-Grundsatz im Verfassungsrecht . . . . .	201

(1) Achtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG . . . . .	202
(2) Allgemeines Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. 1 GG i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG . . . . .	203
(3) Rechtsstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 3 GG . . . . .	206
(4) Anspruch auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG . . . . .	209
(5) (Un)mittelbare Drittwirkung der Grundrechte . . . . .	209
(6) Stellungnahme . . . . .	213
dd) Nemo-tenetur-Grundsatz auf einfachgesetzlicher Ebene. . . . .	214
(1) Vernehmungen nach § 136 Abs. 1 S. 2 HS. 1 StPO . . . . .	215
(2) Verbotene Vernehmungsmethoden und Be- weisverwertungsverbote nach § 136a StPO . . . . .	216
(3) Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO. . . . .	217
(4) Stellungnahme . . . . .	219
ee) Stellungnahme. . . . .	219
c) Meinungsstand der Rechtsprechung zur Selbstbelas- tungsfreiheit oder -pflicht . . . . .	220
aa) BVerfG – ‚Gemeinschuldnerbeschluss‘ . . . . .	221
bb) BGH – ‚Architektenfall‘ . . . . .	223
cc) OLG Karlsruhe – Verwertungsverbot für Arbeit- geberanhörung. . . . .	223
dd) LG Hamburg – Beschlagnahme von Interview- protokollen aus internen Untersuchungen – HSH Nordbank. . . . .	225
ee) BAG – Außerordentliche Kündigung wegen ver- meintlicher Nebenpflichtverletzung . . . . .	226
ff) LAG Hamm – Selbstbelastungspflicht eines (ehe- maligen) Arbeitnehmers . . . . .	228
gg) ArbG Saarlouis – Auskunftspflicht eines Arbeit- nehmers . . . . .	228
hh) Stellungnahme. . . . .	229
d) Meinungsstand in der Literatur zur Selbstbelastungs- freiheit oder -pflicht des Arbeitnehmers . . . . .	230
aa) Selbstbelastungspflicht im unmittelbaren Zusam- menhang mit dem Arbeitsbereich . . . . .	232
bb) Selbstbelastungspflicht im Zusammenhang mit der Schadensabwendungspflicht . . . . .	234
cc) Selbstbelastungspflicht im mittelbaren Zusammen- hang mit dem Arbeitsbereich . . . . .	234

dd) Stellungnahme. . . . .	236
e) Vermeidung der Darlegungs- und Beweislast nach § 1 Abs. 2 S. 4 KSchG . . . . .	237
aa) Selbstbelastungspflicht im unmittelbaren Zusammen- hang mit dem Arbeitsbereich . . . . .	238
bb) Selbstbelastungspflicht im mittelbaren Zusammen- hang mit dem Arbeitsbereich . . . . .	241
cc) Stellungnahme. . . . .	242
f) Stellungnahme zur Selbstbelastungsfreiheit oder -pflicht des Arbeitnehmers. . . . .	243
6. Handlungsmöglichkeiten des Arbeitgebers bei arbeitneh- merseitiger Verweigerung der Mitwirkung. . . . .	245
a) Sanktionierung des Arbeitnehmers bei Verweigerung der Mitwirkung . . . . .	245
b) Durchsetzbarkeit des arbeitgeberseitigen Auskunfts- anspruchs . . . . .	246
c) Zulässigkeit der angedrohten Sanktionen gemäß § 240 StGB. . . . .	248
d) Stellungnahme . . . . .	250
7. Nemo-tenetur-Grundsatz als Grenze der Selbstbelastungs- pflicht bei Mitarbeiterbefragungen. . . . .	251
a) Zwang zur Selbstbelastung bei Mitarbeiterbefragungen	253
aa) Zwang bei Mitarbeiterbefragungen – staatlicher Zwang . . . . .	254
bb) Zwang bei Mitarbeiterbefragungen – wirtschaft- licher Zwang . . . . .	256
cc) Zwang ohne objektive Auskunftspflicht? . . . . .	259
dd) Stellungnahme. . . . .	261
b) Dem Staat zurechenbares Handeln Privater. . . . .	262
aa) Meinungsstand der Literatur zur Zurechnung pri- vaten Handelns . . . . .	262
bb) Meinungsstand der Rechtsprechung zur Zurech- nung privaten Handelns. . . . .	266
cc) Regierungsentwurf BMJ zum Einsatz von Vertrau- enspersonen. . . . .	270
dd) Stellungnahme. . . . .	271
c) Annahme: Selbstbelastungsfreiheit der Arbeitnehmer . .	272
d) Stellungnahme zur Anwendbarkeit des Nemo-tenetur- Grundsatzes bei internen Untersuchungen und erster Lösungsansatz . . . . .	276
8. Zwischenergebnis zu Mitarbeiterbefragungen . . . . .	278
IV. Befragung von Dritten. . . . .	279

V.	Zwischenergebnis: Einzelne Untersuchungshandlungen . . . . .	281
C.	<b>Beweisverwertung von Interviewprotokollen</b> . . . . .	284
I.	Beweisverwertungsverbote . . . . .	285
1.	Unselbstständiges Beweisverwertungsverbot nach § 136a	
	Abs. 3 S. 2 StPO . . . . .	285
a)	Einführung . . . . .	285
b)	Anwendung von § 136a Abs. 3 S. 2 StPO aufgrund einer Zurechnung . . . . .	286
c)	Anwendung von § 136a Abs. 3 S. 2 StPO aufgrund einer Menschenwürdeverletzung . . . . .	287
d)	Anwendung von § 136a Abs. 3 S. 2 StPO aufgrund einer Analogie . . . . .	289
e)	Zwischenergebnis zur Anwendbarkeit des § 136a Abs. 3 S. 2 StPO . . . . .	291
2.	Selbstständiges Beweisverwertungsverbot . . . . .	292
a)	Einführung . . . . .	292
b)	Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus der Ver- letzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . . . .	293
aa)	Sphärentheorie des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	294
bb)	Betroffene Sphäre bei Mitarbeiterbefragungen . . . . .	299
cc)	Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht durch die staatliche Verwertung von Interview- protokollen . . . . .	302
dd)	Stellungnahme . . . . .	303
c)	Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus analo- ger Anwendung von § 97 Abs. 1 S. 3 InsO . . . . .	304
aa)	Hintergrund des Gemeinschuldnerbeschlusses . . . . .	305
bb)	Analoge Anwendung des § 97 Abs. 1 S. 3 InsO . . . . .	306
	(1) Planwidrige Regelungslücke . . . . .	306
	(2) Analogieausschluss durch Ausnahme- regelung . . . . .	307
	(3) Kriterien des Gemeinschuldnerbeschlusses . . . . .	308
	i) Vergleichbare Auskunftspflichten . . . . .	309
	ii) Vergleichbare Grundlage der Auskunfts- pflicht . . . . .	310
	iii) Vergleichbare berechnigte Drittinteressen . . . . .	311
	iv) Vergleichbarer staatlicher Zwang der Aus- kunftspflicht . . . . .	311
	(4) Zwischenergebnis . . . . .	312
cc)	Verallgemeinerungsfähiger Inhalt des Gemein- schuldnerbeschlusses . . . . .	313
dd)	Stellungnahme . . . . .	315



d)	Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus der Verletzung des Fair-Trial-Grundsatzes . . . . .	316
aa)	Anwendbarkeit des Grundsatzes im privatrechtlichen Verhältnis . . . . .	316
bb)	Meinungsstand . . . . .	318
cc)	Stellungnahme . . . . .	320
e)	Zwischenergebnis . . . . .	321
3.	Reichweite eines Beweisverwertungsverbots . . . . .	322
a)	Fernwirkung von Beweisverwertungsverböten . . . . .	322
aa)	Beweisverwertungs- oder -verwendungsverbot . . . . .	322
bb)	Meinungsstand . . . . .	324
cc)	Hypothetisch rechtmäßiger Ersatzeingriff . . . . .	328
dd)	Stellungnahme . . . . .	330
b)	Frühwirkung von Beweisverwertungsverböten . . . . .	331
c)	Fortwirkung von Beweisverwertungsverböten . . . . .	332
4.	Zwischenergebnis . . . . .	334
II.	Alternative Lösung: Offenbarungsverbot . . . . .	334
III.	Alternative Lösung: anonymisierte Interviewprotokolle . . . . .	336
IV.	Zwischenergebnis . . . . .	337
<b>D.</b>	<b>Beschlagnahmeschutz von Unterlagen aus internen Untersuchungen . . . . .</b>	<b>339</b>
I.	Beschlagnahme . . . . .	340
II.	Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam eines Rechtsanwalts . . . . .	343
1.	BVerfG – Jones-Day-Entscheidung . . . . .	343
2.	Verhältnis zwischen § 97 StPO und § 160a StPO . . . . .	346
3.	Unternehmen als Beschuldigte . . . . .	348
a)	Beschuldigtenähnliche Stellung eines Unternehmens . . . . .	348
b)	Zeitpunkt des Bestehens einer beschuldigtenähnlichen Stellung eines Unternehmens . . . . .	349
c)	Umfang des Beschlagnahmeschutzes in Konzernstrukturen . . . . .	352
d)	Zwischenergebnis . . . . .	352
4.	Beschlagnahmeschutz nach § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO ohne Vertrauensverhältnis? . . . . .	353
a)	Meinungsstand für ein Vertrauensverhältnis zur Anwendung von § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO . . . . .	354
b)	Meinungsstand gegen ein Vertrauensverhältnis zur Anwendung von § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO . . . . .	357
c)	Stellungnahme . . . . .	361
5.	Beweismittel im Gewahrsam eines Zeugnisverweigerungsberechtigten . . . . .	362

## Inhaltsverzeichnis

6. Zwischenergebnis .....	364
III. Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam eines Unternehmens. ....	365
1. Verteidigungsunterlagen nach § 148 StPO .....	365
a) Eigenschaften einer Verteidigungsunterlage .....	366
b) Zeitpunkt der Entstehung von Verteidigungsunterlagen .....	367
c) Unterlagen aus internen Untersuchungen als Verteidigungsunterlagen. ....	370
d) Rechtsfolgen bei der Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen. ....	373
2. Zwischenergebnis .....	373
IV. Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam eines Syndikusrechtsanwalts .....	374
V. Verfassungsrechtliches Beschlagnahmeverbot .....	376
VI. Zwischenergebnis .....	378
<b>E. Zusammenfassende Betrachtung Kapitel 2 .....</b>	<b>379</b>

## Kapitel 3

### Regelungsvorschläge für interne Untersuchungen

<b>A. Notwendigkeit für die Regelung von internen Untersuchungen</b> .....	<b>383</b>
<b>B. Gesetzesvorschläge und Stellungnahmen.</b> .....	<b>384</b>
I. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalens .....	386
II. Bundesverband der Unternehmensjuristen e. V. ....	389
III. Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes .....	391
1. § 18 Abs. 1 Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes. ....	392
2. § 18 Abs. 2 Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes. ....	393
3. § 18 Abs. 3 Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes. ....	394
4. Zwischenergebnis zum Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes .....	395
IV. Gesetzesvorschlag von Moosmayer und Petrasch. ....	396
1. Grundlagen .....	396
2. Kernbestandteile einer internen Untersuchung. ....	398
3. Regelungen im Zusammenhang mit Strafverfolgungsbehörden .....	400
4. Regelungen im Zusammenhang mit Arbeitnehmern .....	404
5. Zwischenergebnis zum Gesetzesvorschlag von Moosmayer und Petrasch. ....	407
V. Zwischenergebnis zu den Gesetzesvorschlägen und Stellungnahmen .....	408

<b>C. Der Koalitionsvertrag vom 12.03.2018</b>	409
<b>D. Regierungsentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft (Verbandssanktionengesetz)</b>	411
I. Entstehung des Regierungsentwurfs	411
II. Inhalte des Regierungsentwurfs	414
1. Regelungen mit Bezug auf verbandsinterne Untersuchungen	414
a) Zentrale Begrifflichkeiten aus dem Verbandssanktionengesetz	414
aa) Definition eines Verbandes	415
bb) Definition einer Leitungsperson	416
cc) Definition einer Verbandstat	417
b) Beschuldigtenstatus und Beschlagnahme	418
aa) § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO(-E)	419
bb) § 97 Abs. 2 S. 2 StPO(-E) und § 97 Abs. 6 StPO(-E)	421
cc) § 160a Abs. 5 StPO(-E)	423
c) Legalitätsprinzip statt Opportunitätsprinzip	424
aa) § 3 Abs. 1 VerSanG-E – Legalitätsprinzip	424
bb) Exkurs: Verfolgungspraxis der Strafverfolgungsbehörden	425
cc) Stellungnahme	427
d) Absehen von der Verfolgung bei verbandsinternen Untersuchungen	428
e) Stellungnahme	431
2. Regelungen zu verbandsinternen Untersuchungen	432
a) § 16 VerSanG-E – Verbandsinterne Untersuchungen	434
b) § 17 VerSanG-E – Milderung der Verbandssanktion bei verbandsinternen Untersuchungen	435
aa) § 17 Abs. 1 VerSanG-E	435
bb) § 17 Abs. 1 Nr. 1 VerSanG-E	437
cc) § 17 Abs. 1 Nr. 2 VerSanG-E	439
dd) § 17 Abs. 1 Nr. 3 VerSanG-E	442
ee) § 17 Abs. 1 Nr. 4 VerSanG-E	446
ff) § 17 Abs. 1 Nr. 5 VerSanG-E	448
(1) § 17 Abs. 1 Nr. 5 lit. a VerSanG-E	451
(2) § 17 Abs. 1 Nr. 5 lit. b VerSanG-E	452
(3) § 17 Abs. 1 Nr. 5 lit. c VerSanG-E	453
gg) § 17 Abs. 2 VerSanG-E	459
hh) § 17 Abs. 3 VerSanG-E	459
c) § 18 VerSanG-E – Umfang der Sanktionsmilderung	461
III. Zwischenergebnis	462

**E. Der Koalitionsvertrag vom 24.11.2021 . . . . . 465**

**F. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom  
25. und 26.05.2023 . . . . . 465**

**G. Auskünfte des Bundesjustizministers Dr. Marco Buschmann . . . 466**

**H. Zusammenfassende Betrachtung Kapitel 3 . . . . . 467**

**Kapitel 4**

**Interne Untersuchungen de lege ferenda**

**A. Regelungsentwurf für die Definition einer internen Unter-  
suchung . . . . . 471**

    I. Regelungsentwurf . . . . . 472

    II. Regelungszweck und Herleitung . . . . . 472

    III. Begründung . . . . . 473

        1. § 1 S. 1 des Regelungsentwurfs . . . . . 473

        2. § 1 S. 2 des Regelungsentwurfs . . . . . 474

**B. Regelungsentwurf für die Durchführung von internen Unter-  
suchungen . . . . . 475**

    I. Regelungsentwurf . . . . . 475

    II. Regelungszweck und Herleitung . . . . . 476

    III. Begründung . . . . . 476

        1. § 2 Abs. 1 des Regelungsentwurfs . . . . . 476

        2. § 2 Abs. 2 des Regelungsentwurfs . . . . . 478

        3. § 2 Abs. 3 des Regelungsentwurfs . . . . . 479

**C. Regelungsentwurf für die Befragung von verdächtigten Unter-  
nehmensangehörigen . . . . . 479**

    I. Regelungsentwurf . . . . . 480

    II. Regelungszweck und Herleitung . . . . . 480

    III. Begründung . . . . . 481

        1. § 3 Abs. 1 des Regelungsentwurfs . . . . . 481

        2. § 3 Abs. 2 des Regelungsentwurfs . . . . . 482

        3. § 3 Abs. 3 des Regelungsentwurfs . . . . . 483

        4. § 3 Abs. 4 des Regelungsentwurfs . . . . . 483

        5. § 3 Abs. 5 des Regelungsentwurfs . . . . . 484

        6. § 3 Abs. 6 des Regelungsentwurfs . . . . . 484

**D. Regelungsentwurf für die Befragungen von Unternehmens-  
angehörigen als Zeugen . . . . . 485**

    I. Regelungsentwurf . . . . . 485

    II. Regelungszweck und Herleitung . . . . . 485

    III. Begründung . . . . . 486

        1. § 4 Abs. 1 des Regelungsentwurfs . . . . . 486

2. § 4 Abs. 2 des Regelungsentwurfs .....	486
3. § 4 Abs. 3 des Regelungsentwurfs .....	487
<b>E. Regelungsentwurf zur Beschlagnahmefähigkeit von Unter-</b> <b>lagen aus internen Untersuchungen .....</b>	<b>487</b>
I. Regelungsentwurf .....	487
II. Regelungszweck und Herleitung .....	487
III. Begründung .....	488
1. § 5 Abs. 1 des Regelungsentwurfs .....	488
2. § 5 Abs. 2 des Regelungsentwurfs .....	489

## **Kapitel 5**

### **Schlussbetrachtung**

<b>A. Ergebnisthesen .....</b>	<b>491</b>
<b>B. Eigener Regelungsentwurf .....</b>	<b>498</b>
<b>C. Ausblick .....</b>	<b>500</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>503</b>
<b>Internetquellen .....</b>	<b>565</b>
<b>Sonstige Quellen .....</b>	<b>575</b>
<b>Rechtsprechungsverzeichnis .....</b>	<b>581</b>